

# **Antworten der SPD auf die Wahlprüfsteine von „MENSCHEN FÜR TIERRECHTE – Tierversuchsgegner Baden-Württemberg e. V.“ zur Landtagswahl 2016**

## **1. Tierversuche und tierversuchsfreie Methoden (4 Fragen)**

### **Antwort zu Frage 1.1:**

Die SPD räumt dem Tierschutz bei Versuchstieren einen hohen Stellenwert ein. Unser Ziel ist es, die Zahl der Tierversuche und die Belastung von Versuchstieren zu verringern. Dies haben wir im Koalitionsvertrag mit unserem grünen Koalitionspartner so vereinbart. Solche Versuche müssen auf das für die Forschung unumgängliche Maß reduziert werden. Hierzu werden wir mit einer Bundesratsinitiative auf das zugrunde liegende Bundesrecht einwirken. Die Statistik der vergangenen Jahre zeigt einen erfreulichen Rückgang der Anzahl der in Versuchen verwendeten Tiere. Im Jahr 2012 war gegenüber dem Jahr 2011 ein Rückgang um sechs Prozent, d. h. um rund 40.000 Tiere zu verzeichnen. Für das Jahr 2013 fiel der Rückgang gegenüber dem Vorjahr mit weiteren neun Prozent (knapp 50.000 Tiere) sogar noch etwas deutlicher aus.

### **Antwort zu Frage 1.2:**

Eine Überarbeitung der Tierschutzversuchstierverordnung auf Bundesebene unterstützen wir als SPD.

### **Antwort zu Frage 1.3:**

Eine solche Streichung werden wir prüfen. Sie ist mit der Wissenschaftsfreiheit abzuwägen.

### **Antwort zu Frage 1.4:**

Finanzminister Dr. Nils Schmid (SPD) hat die Fördermittel und Programme zur Erforschung und Entwicklung von Alternativmethoden deutlich verstärkt und die Finanzmittel verstetigt. So fördert die grün-rote Landesregierung die Entwicklung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch mit jährlich 400.000 Euro und hat jährlich einen Forschungspreis für Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch in Höhe von 25.000 Euro für herausragende Arbeiten zur Entwicklung von Alternativen zum Tierversuch geschaffen. Mit dem Preis werden herausragende wissenschaftliche Arbeiten ausgezeichnet, die zum Ersatz und zur Verminderung von Tierversuchen beitragen.

## **2. Landwirtschaftliche Tierhaltung (4 Fragen)**

### **Antwort zu Frage 2.1:**

Wir haben in den vergangenen Jahren die Investitionsförderung aus den GAK-Mitteln des Bundes deutlich zugunsten von Tierwohl- und Umweltgesichtspunkten umgestaltet. Diesen Weg werden wir weitergehen mit dem Ziel, den damit verbundenen Mehraufwand durch Förderung auszugleichen. Sowohl bei Rindern als auch bei Schweinen und Geflügel benötigen wir dringend verbesserte Haltungsverordnungen, für die wir uns auch einsetzen werden.

**Antwort zu Frage 2.2:**

Wir halten die ganzjährige Anbindehaltung bei Rindern für nicht mehr tragbar und unterstützen es, sie bei Berücksichtigung entsprechender Übergangsfristen zu verbieten.

**Antwort zu Frage 2.3:**

Die Haltungsverordnung von Puten muss ebenso dringend verbessert werden wie die von Masthähnchen.

**Antwort zu Frage 2.4:**

Das Verbot der Kükentötung halten wir für richtig. Nur die mittelfristige Umstellung auf Zwiehühner kann dieses Problem grundlegend beseitigen, weshalb wir deren Haltung statt der bisherigen Züchtungen für sinnvoll halten. Wir unterstützen diese Initiative deshalb und werden mit dem Förderinstrumentarium des Landes mögliche Investitionskosten fördern, um den Umstellungsprozess zu beschleunigen.

**3. Schlachtung (3 Fragen)****Antwort zu Frage 3.1:**

Wir werden strengere Kontrollen durch mehr Personal und strikte Vorgaben durchführen und die Tierschutzvorschriften damit durchsetzen. Die bestehenden Tierschutzvorschriften müssen leider besser kontrolliert werden.

**Antwort zu Frage 3.2:**

Wir werden die Abschaffung der Akkordschlachtung prüfen, da sie selbstverständlich ein wichtiger Faktor für die Nachlässigkeit bei der Einhaltung von Tierschutzvorschriften ist.

**Antwort zu Frage 3.3:**

Die Einführung von Kameras in Schlachthöfen erscheint uns nicht als die bestgeeignete Maßnahme. Wichtiger sind uns mehr und unangekündigte Kontrollen und entsprechende Strafen bei Missachtung der Vorschriften.

**4. Fleischkonsum (5 Fragen)****Antwort zu Frage 4.1:**

Ein mäßigerer Fleischkonsum ist aus verschiedenen Gründen wünschenswert, weshalb wir solche Bestrebungen grundsätzlich unterstützen.

**Antwort zu Frage 4.2:**

Im Rahmen der vom Land finanzierten oder geförderten Ernährungsberatung wird auch der Fleischkonsum kritisch behandelt. Den Anbau von Eiweißpflanzen wie Soja im Rheintal unterstützen wir bereits.

**Antwort zu Frage 4.3:**

Wir fördern viele Aspekte des Tierwohls über das FAKT (Förderprogramm für Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl) und investive Fördermittel. Zudem unterstützen wir massiv finanziell den biologischen Landbau. Eine gesonderte zusätzliche Förderung des bioveganen Landbaus halten wir auch daher nicht für erforderlich.

**Antwort zu Frage 4.4:**

Eine bessere und klare Kennzeichnung von Fleischprodukten halten wir für wichtig, weshalb wir diese bundesrechtliche Forderung unterstützen.

**Antwort zu Frage 4.5:**

siehe Antwort auf Frage 4.2.

**5. Jagd, Fischerei, Jagd- und Wildtier-Management-Gesetz (JWMG)  
(1 Frage)****Antwort zu Frage 5.1:**

Wir halten das neue Jagd- und Wildtiermanagementgesetz für das modernste Jagdgesetz Deutschlands und werden es nicht kurzfristig und grundsätzlich ändern. Sinnvoll ist aber sicherlich eine Evaluation hinsichtlich der Erreichung der Ziele des Gesetzes in einigen Jahren, um ggf. mit einer behutsamen Novellierung Nachjustierungen vornehmen zu können. Dies betrifft jedoch alle wesentlichen Ziele, wie die hinreichend effektive Bejagung von Schwarz- und Rotwild sowie Neozoen, Tierschutzaspekte, die Handhabbarkeit des Wildschadensausgleichs oder auch den Umgang mit wildernden Hunden und streunenden Katzen, um nur einige der umstrittenen Aspekte zu nennen.

**6. Tierschutzpolitik (5 Fragen)****Antwort zu Frage 6.1:**

Wie bereits in den vergangenen Jahren werden wir auch künftig den Tierschutz bei allen tierschutzrelevanten Fragen und Gesetzen im Blick haben. Dies haben wir bereits mit der Verfassungsänderung, der Einführung der Verbandsklagemöglichkeit, dem neuen Jagd- und Wildtiermanagementgesetz, der Tierheimförderung und unserer veränderten Agrarpolitik bewiesen.

**Antwort zu Frage 6.2:**

Die Stelle der Landestierschutzbeauftragten halten wir für wichtig und beabsichtigen, diese Funktion und Stelle auch beizubehalten. Eine Verbesserung der Unterstützung und Ausstattung werden wir prüfen.

**Antwort zu Frage 6.3:**

Die tierschutzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsabgeordnete ist bislang unsere SPD-Landtagsabgeordnete für den Wahlkreis Freiburg II, Gabi Rolland. Aus unserer Sicht hat sie im Interesse des Tierschutzes eine sehr gute Arbeit geleistet. Vorbehaltlich des

Wahlergebnisses und der erneuten Zustimmung der Fraktion wird sie daher dieses Amt auch nach der Wahl ausüben.

**Antwort zu Frage 6.4:**

Wir werden wie bisher einen guten und regelmäßigen Kontakt zu den Tierschutzorganisationen halten.

**Antwort zu Frage 6.5:**

Wir halten insbesondere die Verbesserung der Haltungsbedingungen der Nutztiere für sehr wichtig. Vor allem bei Schweinen, Legehennen, Masthähnchen, Kaninchen, Puten und Enten müssen bessere (bzw. überhaupt erst) Haltungsverordnungen erreicht werden, wofür wir uns über Bundesratsinitiativen stark machen werden. Zusätzlich und unabhängig davon werden wir durch unsere Förderpolitik im Land diesbezügliche Verbesserungen anreizen.

## **7. Tierschutzpädagogik (1 Frage)**

**Antwort zu Frage 7.1:**

Der neue Bildungsplan des SPD-geführten Kultusministeriums, der ab dem Schuljahr 2016/17 schrittweise implementiert wird, widmet einen besonderen inhaltlichen Schwerpunkt der Leitperspektive „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Die Leitperspektive ist integraler und somit verbindlicher Bestandteil des neuen Bildungsplans und betrifft alle Schularten. Sie ist übergreifend und nicht einem einzelnen Fach zuzuordnen. Im Rahmen der inhaltlichen Auseinandersetzung anhand beispielhafter Themen sollen Schulen die Möglichkeit erhalten, Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler auch durch Beispiele aus dem Bereich der Nahrungsmittelindustrie zu fördern. Im neuen Fach „Wirtschaft, Berufs- und Studienorientierung“ besteht zudem die Möglichkeit, an weiterführenden Schulen Ausbildungsberufe und Produktionsketten zum Unterrichtsthema zu machen.

Grundsätzlich gilt für die SPD, dass Schulen bei der inhaltlichen Ausgestaltung des Unterrichts einen hohen Freiheitsgrad haben sollen und sich zugleich aufgefordert fühlen dürfen, möglichst lebenspraktische Beispiele zu wählen. Maßgeblich ist jedoch weiterhin, dass die Schule vor Ort entscheidet, wann, mit wem und in welchem Umfang eine Kooperation mit außerschulischen Partnern stattfindet.

## **8. Tierschutz-Verbandsklage (1 Frage)**

**Antwort zu Frage 8.1:**

Mit der Verabschiedung des Mitwirkungs- und Verbandsklagerechts für anerkannte Tierschutzvereine im letzten Jahr haben wir gemeinsam mit unserem grünen Koalitionspartner ein weiteres großes Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag erfolgreich auf den Weg gebracht. Das Gesetz macht Verwaltungshandeln im Tierschutz transparent und ermöglicht es anerkannten Tierschutzorganisationen, sich als Anwälte der Tiere einzubringen. Damit können anerkannte Tierschutzorganisationen die Interessen der Tiere noch nachhaltiger vertreten.

Eine staatliche Förderung von Verbänden mit dem Zweck der finanziellen Ermöglichung von Klageeinreichungen erscheint uns als SPD fragwürdig.

## **9. Tierschutzrechtlicher Vollzug (2 Fragen)**

### **Antwort zu Frage 9.1:**

Wir haben bereits in dieser Legislaturperiode die Veterinärämter personell verstärkt. Wir werden jedoch evaluieren, inwieweit eine weitere Verstärkung nötig und finanzierbar ist, da sie ohne Zweifel wünschenswert wäre.

### **Antwort zu Frage 9.2:**

Die Landkreise können durch das Land nicht zu einer Aufstockung gezwungen werden. Daher prüfen wir lieber, welche Möglichkeiten das Land hat, durch Finanzierung der Stellen eine solche Verstärkung zu ermöglichen.